
„Die Eurokrise als Herausforderung für die EU-VR China Beziehungen“.

Vortrag am Gymnasium Wilhelmsdorf

Das Argument

1. Die Haltung der Bundesregierung in der Eurokrise gründet sich auf innerstaatliche, primär eigennützige Interessen. Sie ist geprägt von der Furcht vor risikobehafteten Versicherungszusagen gegenüber Schuldnerregierungen.
2. Das intergouvernementale Krisenmanagement der Regierung Merkel war nur vorübergehend erfolgreich: es bedürfte neben einer massiven EZB-Zusage weiterer Supranationalisierungsschritte (Debatte über Bank- und Fiskalunion) um die Märkte zu beruhigen und Zahlungsfähigkeit anderer wichtiger Euro-Länder zu erhalten.
3. Die VR China ist der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik bei der Abfederung der Nachfrageschwäche im Euroraum. Sollte die Staatsschuldenkrise in wichtigen Euro-Staaten (Italien, Spanien) eskalieren, dann wird die VR China sich an einer „globalen Lösung“ aus Eigeninteresse beteiligen.

Der Euro und die griechische Verschuldungskrise

Eine kurze Geschichte

Greek Bond Spreads, 1993-2011

Spreads on 10-year Greek bonds relative to 10-year German bonds (%)

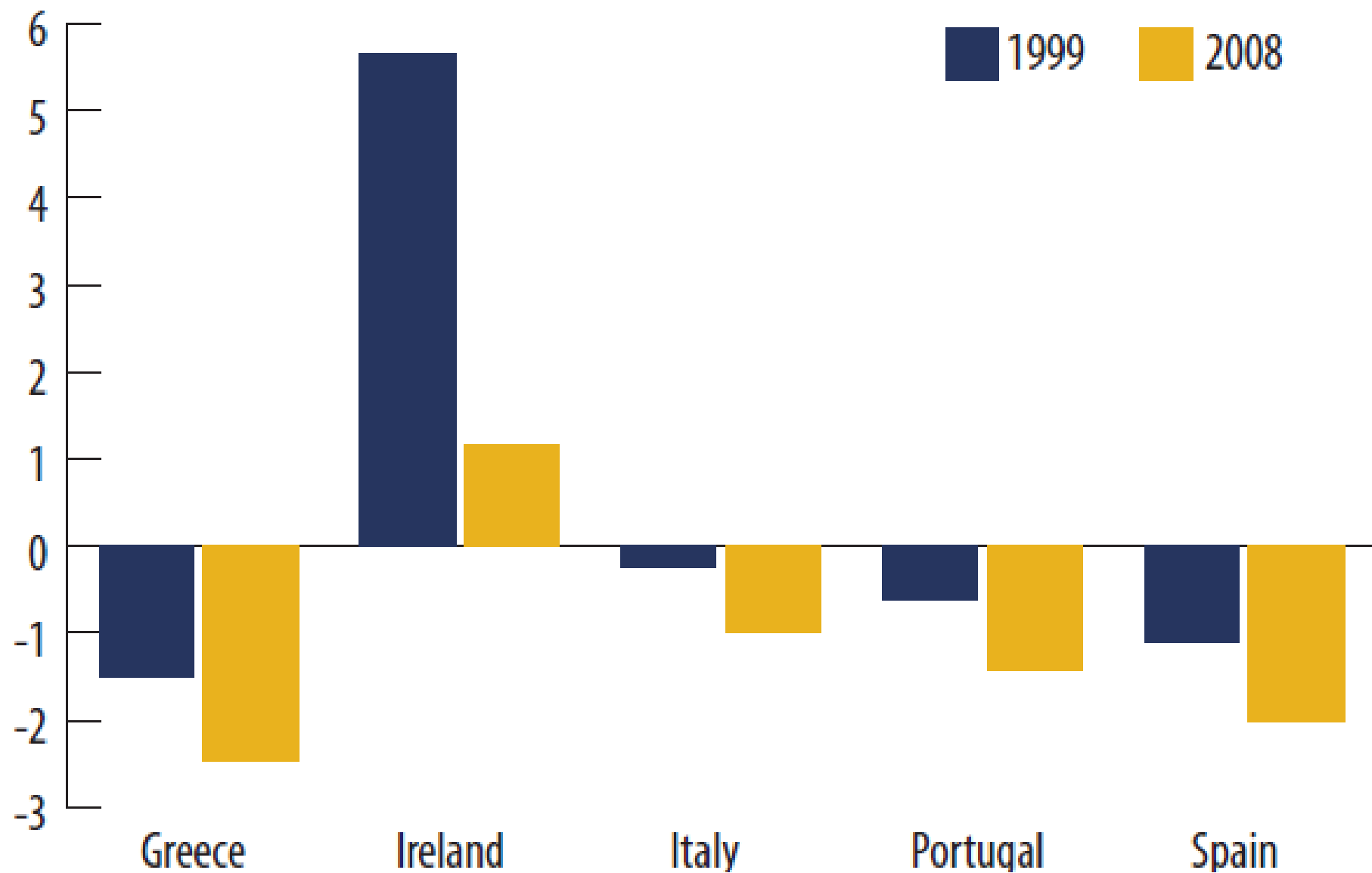


Source: Nelson/Belkin 2011: 5

Bilateral Trade Balances With Germany

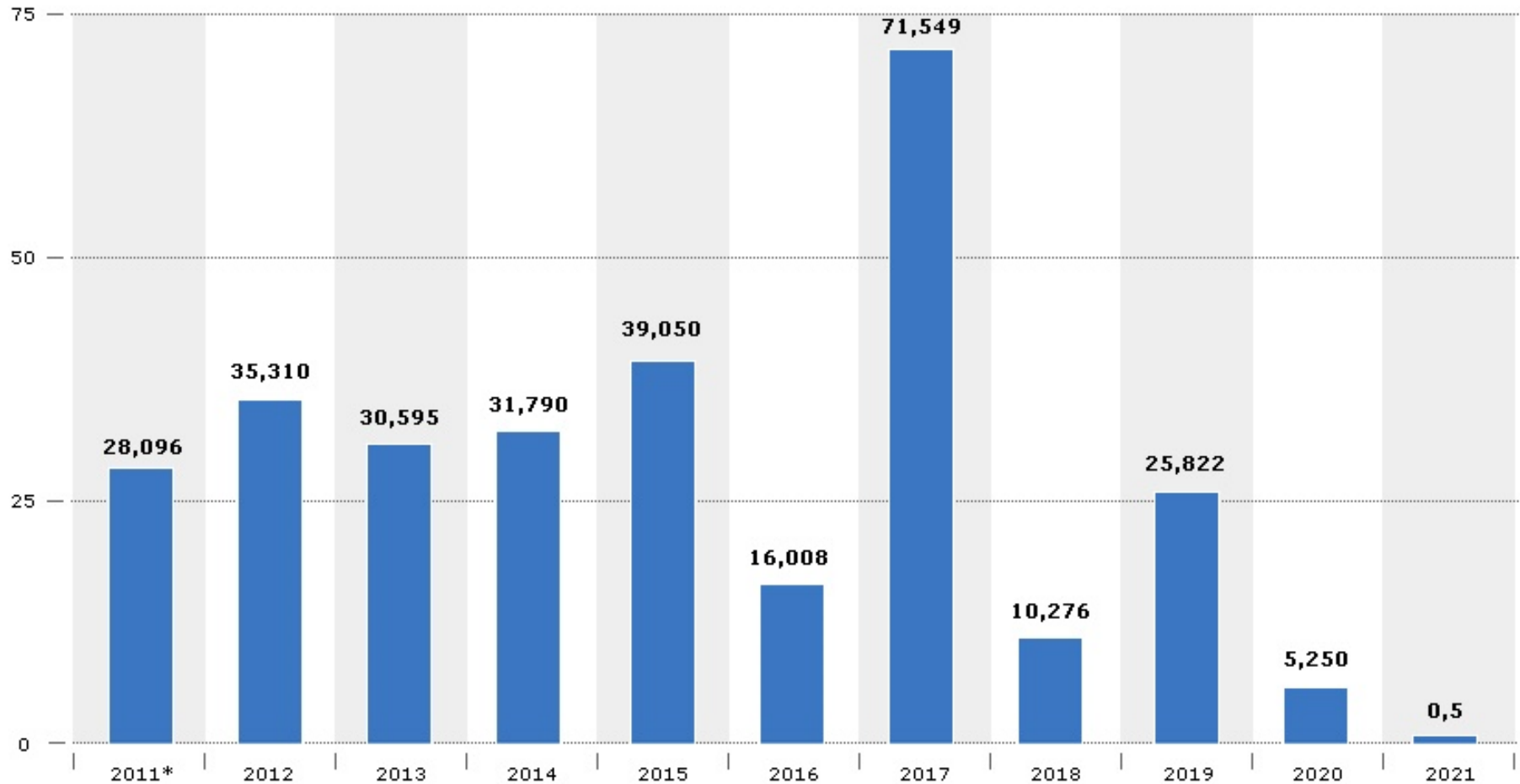
Source: OECD

Percent of GDP



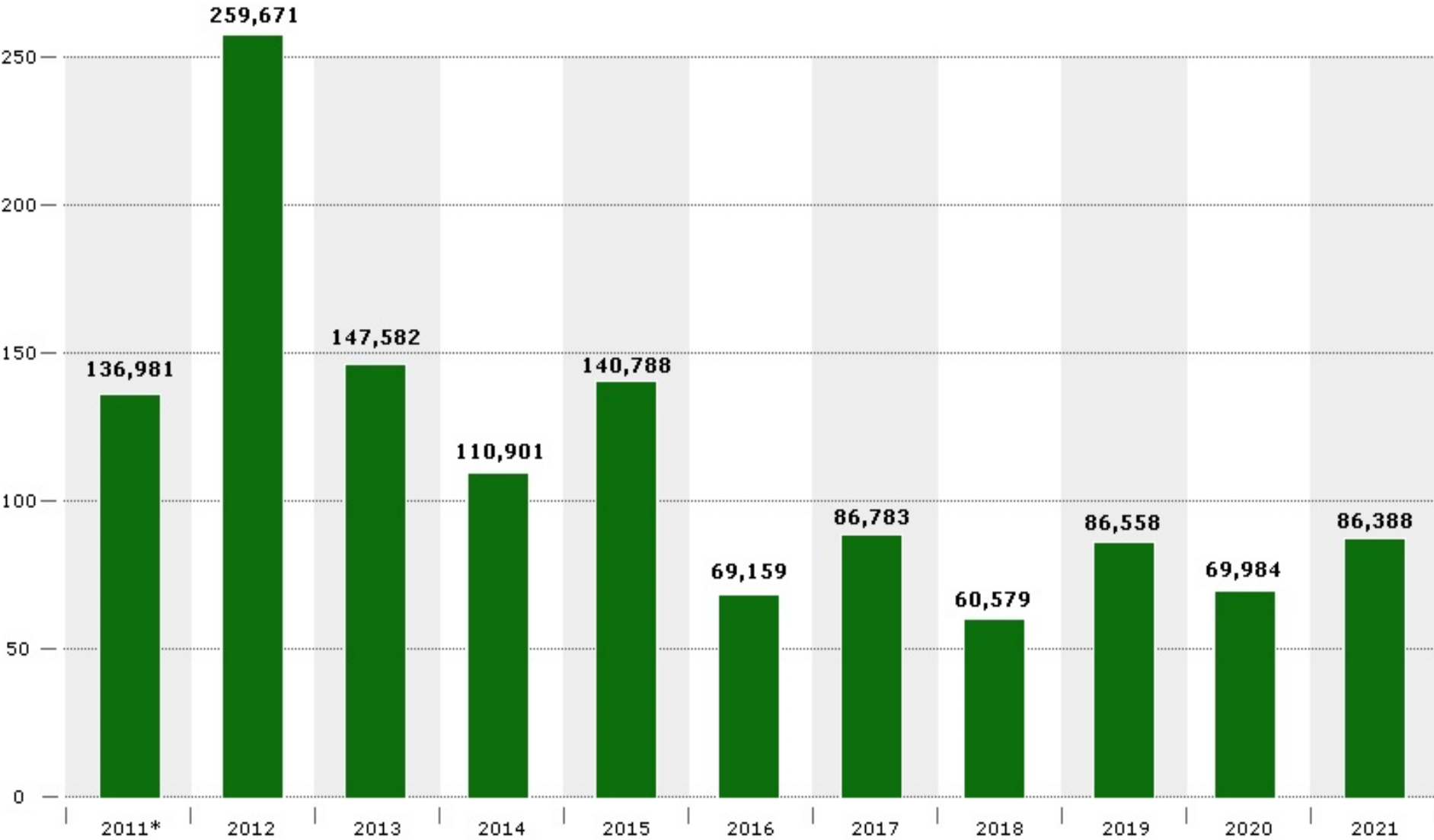
Wann die griechischen Staatsanleihen fällig werden

Angaben in Milliarden Euro

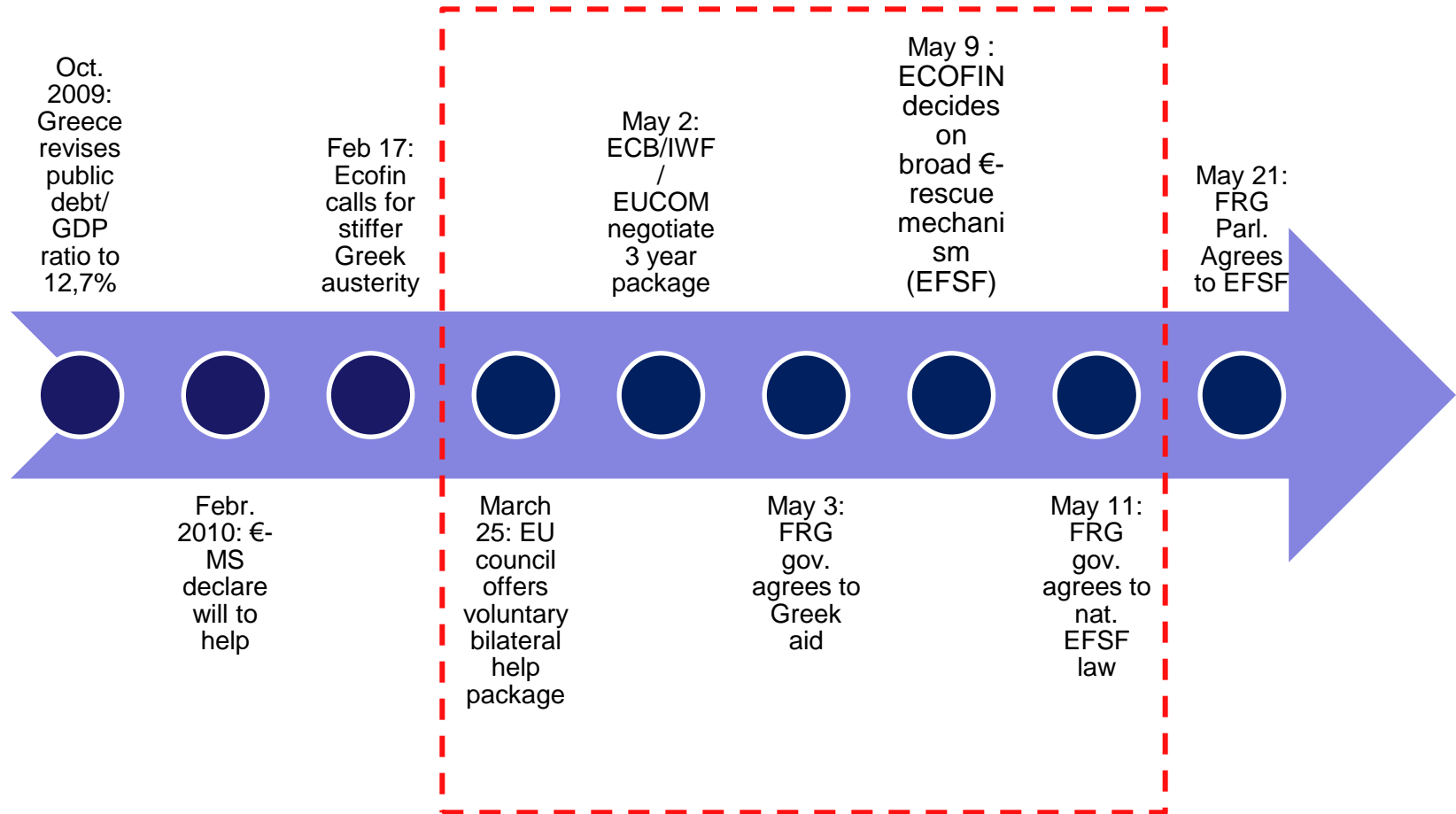


Wann die italienischen Staatsanleihen fällig werden

Angaben in Milliarden Euro



Deutsche/Eurogruppen-Entscheidungen in der griechischen Verschuldungskrise, Phase I: 2009-2010



Deutsche Reaktion Phase 1 (Mai 2010)

1. Die Regierung Merkel signalisiert Unterstützung, aber hält rechtl. Verbindliche Zusagen zurück, um a) vertrauenswürdige griechische Zusagen zu erhalten und b) das „ultima ratio“-Argument ggü. dem BVerfG zu stärken.
2. Die Regierung Merkel insistiert auf freiwillige bilaterale Maßnahmen und eine IMF-Einbindung, um den intergouvernementalen und freiwilligen Charakter der Hilfe deutlich zu machen (cf. FCC Maastricht ruling, para. 146-148.)
3. Die Regierung Merkel ist sich einer substantiellen innenpolitischen Opposition bewusst:
 1. Die Klage einer Gruppe von Professoren beim BVerfG liegt vor.
 2. Es gibt eine wachsende Zahl von „Dissidenten“ in den eigenen Fraktionen.
 3. Deutschlands größtes Boulevardblatt „Bild“ und konservative Tageszeitung „FAZ“ sind sich in skeptischer bis offen ablehnender Haltung einig.
4. Fazit: Regierung Merkel akzeptiert einen breiten intergouvernementalen Rettungsmechanismus (European Financial Stability Facility (EFSF) mit substantieller deutscher Beteiligung (150 Bil. €), aber versichert sich gegen involuntary nach innen (BVerfG) und voluntary defection (Griechenland) nach außen ab.

Öffentliche Meinung in Deutschland in der €-Krise: skeptisch

- April 2010: bilaterale Hilfe für Griechenland
 - 57% vs. 33% gegen Hilfe (cf. Infratest dimap, 15./16.04.2010).
 - 65 % vs. 16% gegen Hilfe (cf. Institut für Demoskopie Allensbach, www.FAZ.net, 28.04.2010).
- May 2010: Deutsche Beteiligung an EFSF
 - 64 % vs. 31 % gegen substantielle deutsche Beteiligung (123 Mrd. Euro).
 - 51 % vs. 35 % gegen Etablierung des EFSF (cf. Infratest dimap, 25./26.05.2010).
- Starke Unterstützung für stabilen Euro insgesamt
 - May 2010: 82 % vs. 17% € ist im deutschen Interesse.
 - November: 88% vs. 11% (cf. Infratest dimap, 29./30.11.2010)

55% der öffentlichen Schuldtitel der PIIGS-Staaten werden von deutschen und französischen Banken gehalten

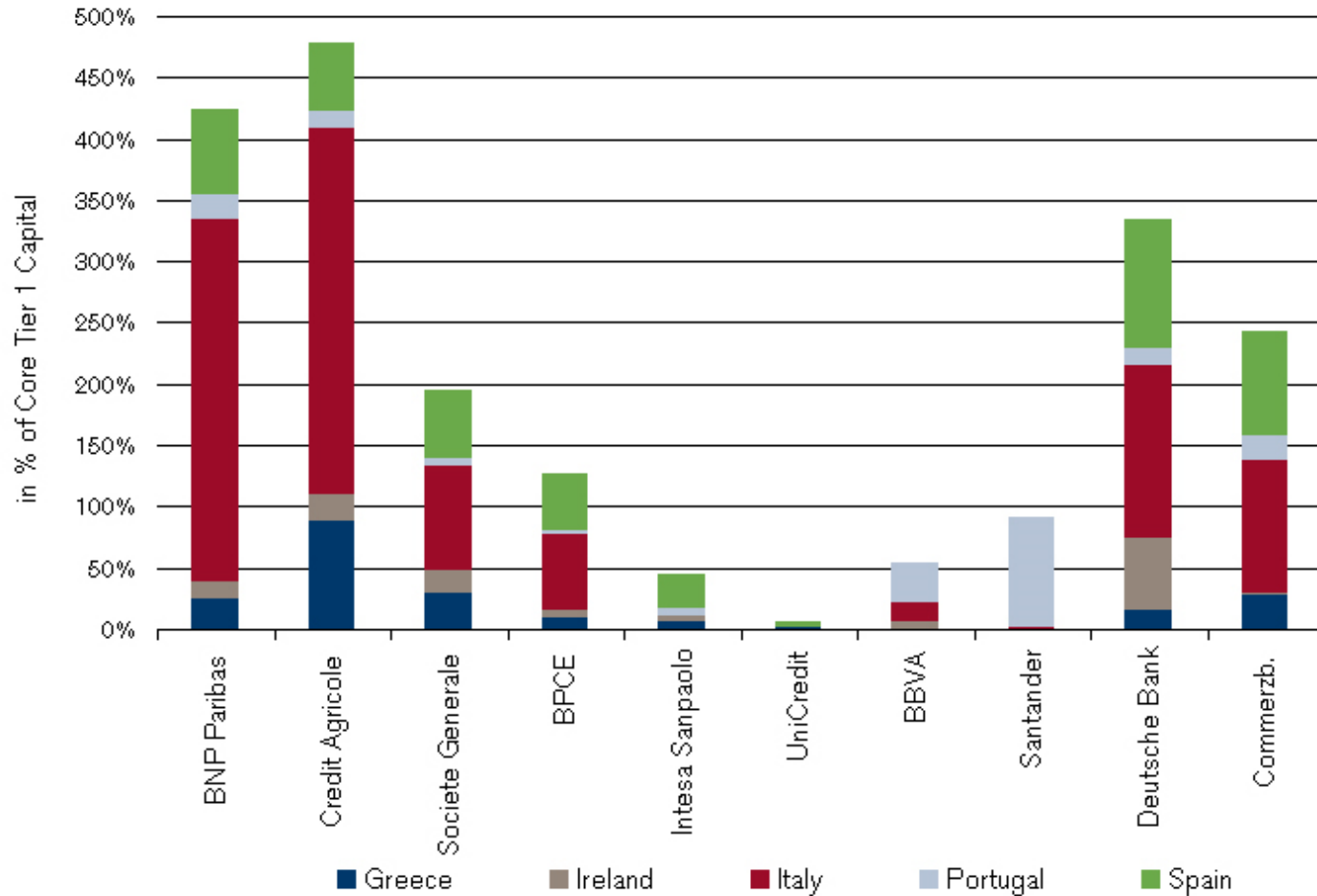


Exhibit 38: Bailout costs: Germany is not the greatest contributor as a % of GDP

EUR bn

	Bilateral Loans to Greece	EFSM	EFSF	ESM	GDP	% of GDP	
			Total EFSF Commitments	ESM Called up share capital			
Total	52.9	60	227	80			
Austria	1.6	1.39	6.79	2.23	12.01	301.31	3.99%
Belgium	1.9	1.85	8.45	2.78	14.98	368.3	4.07%
Cyprus	0.1	0.09	0.47	0.16	0.82	17.76	4.63%
Estonia	0	0.07	0.61	0.15	0.83	15.97	5.19%
Finland	1	0.95	4.36	1.44	7.75	191.57	4.04%
France	11.4	10.57	49.56	16.31	87.84	1,996.58	4.40%
Germany	15.2	11.74	65.99	21.72	114.65	2,570.80	4.46%
Greece	0	0	0.00	2.25	2.25	215.09	1.05%
Ireland	0.3	0.7	0.00	1.27	2.27	156.44	1.45%
Italy	10	8.04	43.54	14.33	75.91	1,580.22	4.80%
Luxembourg	0.1	0.15	0.61	0.2	1.06	42.82	2.47%
Malta	0.1	0.03	0.23	0.06	0.42	6.39	6.59%
Netherlands	3.2	2.36	13.89	4.57	24.02	602.11	3.99%
Portugal	1.1	0.86	0.00	2.01	3.97	171.02	2.32%
Slovakia	0	0.35	2.40	0.66	3.41	69.06	4.94%
Slovenia	0.2	0.19	1.15	0.34	1.88	35.64	5.29%
Spain	6.7	5.33	28.94	9.52	50.49	1,073.38	4.70%

Source: Credit Suisse, OECB, EFSF

Die Grenzen des deutsch-französischen Intergovernmentalismus als Instrument der Krisenbekämpfung

Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy, Ansprache in Toulon 2. Dezember 2011

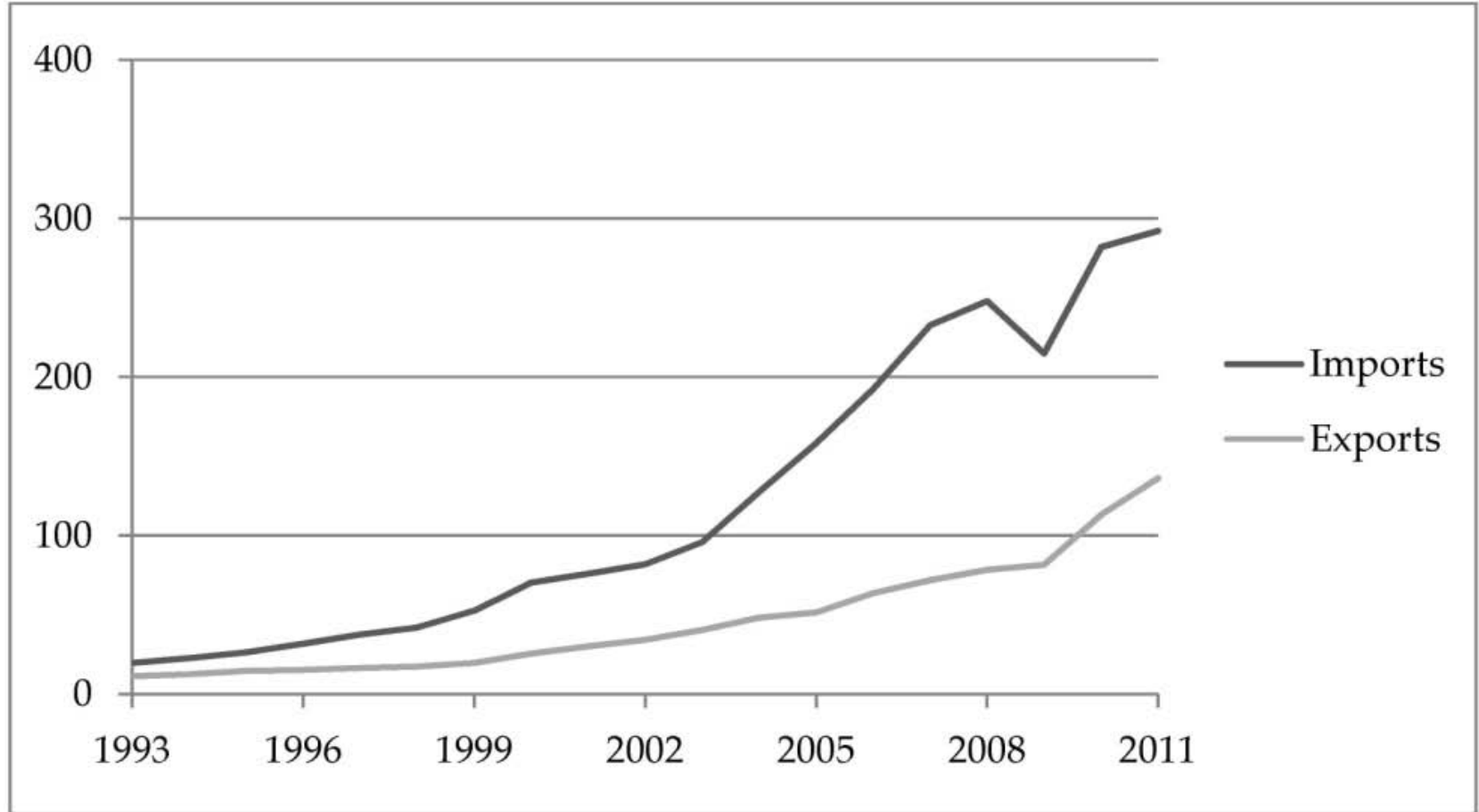
- “the reform of Europe is not a march towards supra-nationality.(...) The crisis has pushed the heads of state and government to assume greater responsibility because ultimately they have the democratic legitimacy to take decisions. (...) The integration of Europe will go the intergovernmental way because Europe needs to make strategic political choices”.

Probleme der intergovernmentalen Krisenbewältigung in der Eurokrise und ihre Lösung

- 1. *Veto dilemma:*** Wie kann eine Opposition im Entscheidungsprozess “neutralisiert” werden, wenn es eines Konsenses bedarf?
 - bilaterale dt.-frz. Führung zwischen 2009-2011 wurde von anderen EU-Staaten als “Direktorium in der Wirtschafts- und Finanzpolitik” wahrgenommen.
- 2. *Durchsetzungsdilemma:*** Wie kann die Durchsetzung einer Regelung sichergestellt werden, die auf Freiwilligkeit beruht?
 - Fiskalpakt-Vertrag (Title VI, Art. 14.2) sieht vor, dass “dieser am 1. Januar 2013 in Kraft tritt, insofern 12 Vertragsparteien mit Euro-Mitgliedststatus ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben”.
- 3. *Befolgungsdilemma:*** Wie kann die Einhaltung von Regeln gewährleistet werden, wenn diese nicht mehr (länger) den Interessen der freiwillig vertragsschließenden Parteien entspricht?
 - Fiskalpakt-Vertrag sieht vor, dass wenn eine Vertragspartei, unabhängig von der Einschätzung der EU-Kommission, einen Vertragsbruch eines anderen Mitgliedes sieht (Art. 3(2)) moniert, sie diesen vor den Europäischen Gerichtshof bringen kann, der dann eine bindende Entscheidung fällt..
- 4. *Legitimitätsdilemma:*** Wie können die Entscheidungsnationaler Exekutiven, des Europäischen Rates/Ministerrates stärker legitimiert werden, wenn die direkt gewählte Vertretung der europäischen Bürger (EP) gar nicht oder erst spät in die Entscheidung einbezogen wurde?

Die Eurokrise: Herausforderung und Chance für die EU-VR China Beziehungen

EU-Außenhandel mit China in Mrd. Euro (1992-2011)



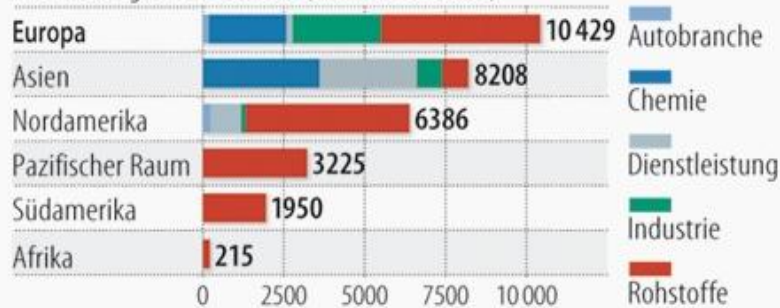
Die VR China und die Eurokrise

1. Die VRC ist ein „Globalisierungsgewinner“. Die europäische Staatsschuldenkrise hat diesen Erfolg bislang nur zeitweilig gedämpft.
2. Die VRC hat ihren €-denominierten Anteil an Staatsanleihen seit langem bei etwa 25-30% und während der Krise nicht wesentlich ausgeweitet.
3. Sollte es zu einer weiteren, schweren Krise samt Hilfspaket im Euroraum kommen, dann ist die VR China einer der wichtigsten internationalen Partner.
4. Chinesische Unternehmensinvestitionen in Europa sind wichtig. Sie beschränken sich nicht auf die Krisenstaaten und können dort auch wichtige Wachstumsprozesse auslösen.

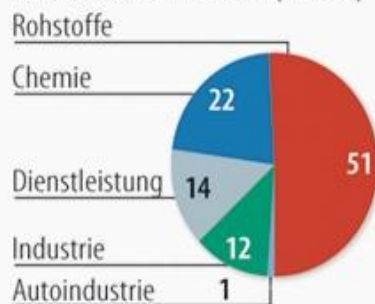
Chinas Unternehmen streben nach Europa, FAZ, 13.02.2012

Chinas Interesse an Europa

Chinesische Unternehmenszukaufe 2011
nach Weltregion und Branche (in Millionen Dollar)



Anteile der Branchen 2011 (Prozent)¹⁾



Quelle: Asia Capital Dragon Index, Peking

Anteile der Regionen (in Prozent)



Lange Einkaufsliste: Die zehn größten Abschlüsse 2011

Kaufobjekt/ Sitz/Branche	Übernommener Anteil (Proz.)	Chinesischer Käufer und Kaufpreis in Millionen Dollar
GDP Suez E&P <i>Frankreich; Rohstoffe</i>	30	3187 China Investment Corporation
Daylight Energy <i>Kanada; Rohstoffe</i>	100	2760 Sinopec Group
Makhteshim Agan Industries <i>Israel; Chemie</i>	60	2508 China National Chemical
Elkem <i>Norwegen; Chemie</i>	100	2349 China National Bluestar
CBMM <i>Brasilien; Rohstoffe</i>	15	1950 Chinese Steel Consortium
Australia Pacific LNG <i>Australien; Rohstoffe</i>	15	1765 Sinopec Group
Borsod Chem <i>Ungarn; Chemie</i>	58	1701 Wanhua Industrial Group
Sino Polymer New Materials <i>Hongk.; Chemie</i>	95	1425 China Lumena New Materials
Intergen <i>Ver. Staaten; Rohstoffe</i>	50	1232 China Huaneng Group
GE Seaco <i>Singapur; Dienstl.</i>	100	1049 Hainan Airlines & Bravia Capital

F.A.Z.-Grafik Brocker

Die wichtigsten Handelspartner der VR China (2011)

Land	Handelsvolumen (Mrd. USD)	Anteil (%)
1. EU-27	556	15,3
2. USA	447	12,3
3. ASEAN	363	10,0
4. Japan	343	9,4
5. Hongkong	283	7,8
6. Südkorea	246	6,8
7. Deutschland	169	4,6
8. Taiwan	160	4,4
9. Australien	117	3,2
10. Brasilien	84	2,3

Quellen: Nationales Statistikamt der VRCh; Handelsministerium VRCh (Angaben gerundet)

Ergebnisse und Ausblick

Thesen

1. Die derzeitige deutsche Debatte über die Staatsschuldenkrise ist irreführend, wenn sie die Mittäterschaft deutscher Banken an der Krise und das Eigeninteresse der Bundesrepublik an der Stabilität des eigenen Bankensystems verleugnet.
2. Das deutsche Politik-Model für die Krisenstaaten ist nur in Teilen angemessen und in vielen Fällen kurz- mittelfristig nicht umsetzbar. Die Bewertung der Modelumsetzung durch internationale Finanzakteure verzerrt zudem den Erfolg der Ergebnisse.
3. Das bisherige Verfahren der Krisenbewältigung durch deutsch-französische Zusammenarbeit war hinreichend. Es wird in der Zukunft aber nicht ausreichend „Vertrauen“ schaffen, um Krisen in größeren Eurostaaten zu bewältigen.
4. Die VR China wird sich an potentiellen internationalen Hilfsmaßnahmen im Euroraum in der Zukunft aus Eigeninteresse beteiligen.